

Erklärung zur Arbeitshilfe "Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch durch EU-Bürger" für Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit

Die genannte "Arbeitshilfe" ist "nur für den internen Dienstgebrauch" und richtet sich an die Jobcenter, die Leistungsanträge von Personen aus Rumänien und Bulgarien zu bearbeiten haben. Auch wenn sie „Arbeitshilfe“ genannt wird, kann sie durchaus als „Arbeitsanweisung“ ausgelegt und umgesetzt werden. Im Näheren werden durchgängig ALG-II Anträge von Roma und Sinti zugrunde gelegt. Ihnen wird pauschal der Versuch organisierten Leistungsmissbrauchs unterstellt. Implizit wird ein verdecktes Zusammenwirken mit an Gewinnen interessierten Unternehmern und Vermietern vermutet (Schwarzarbeit, Mietwucher). Zu den Anträgen wird in allen Belangen – Herkunft und Familienstand, Arbeitnehmerstatus oder Selbständigkeit, Wohnsituation – detailliert angewiesen, wie restriktiv sie zu bearbeiten sind.

Ein Erfordernis zu besonderer Behandlung der Personengruppe wird nicht erläutert oder gar begründet und widerspricht in Geist und Ausführung der Verfassung und nationalen wie internationalen Regelwerken. Es muss interpretiert werden, dass die Roma und Sinti aus der EU hier von Amts wegen diskreditiert werden und nicht wie alle anderen Menschen vorurteilsfrei behandelt werden sollen. In dieser "Arbeitshilfe" geht es um politisches, soziales und kulturelles Abschrecken der diffamierten ethnischen Gruppe.

Wir sind erschrocken angesichts der historischen Bezüge des Verfahrens und der 'Amtlichkeit' ihrer nichtöffentlichen Einführung in die Arbeit der Jobcenter. Wir kritisieren jede Form von Sonderbehandlung, wie sie sich hier in der Stigmatisierung von Ethnien in staatlich zu verantwortenden Anerkennungs- und Leistungsverfahren zeigt.

Wir fordern die Bundesagentur für Arbeit auf, diese "Arbeitshilfe" zurückzuziehen. Wir fordern das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, die Bundesagentur anzuweisen, diese Arbeitshilfe zurückzuziehen.

Stattdessen fordern wir, den Betroffenen mehr Hilfen bei den Antragstellungen und während des Leistungsbezugs anzubieten, um sie besser vor Schleppern, skrupellosen Miethaien und Schwarzarbeitsfirmen zu schützen, etwa bei der Wohnungssuche, der Arbeitssuche oder der Suche nach vertrauenswürdigen Dolmetschern.

Unterzeichner:

Sozialforum Dortmund

Attac Regionalgruppe Dortmund

AWO Unterbezirk Dortmund

Beratungsstelle Faire Mobilität Dortmund

Bezent e.V.

bodo e.V.

Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH

Geschichtswerkstatt e.V.

GrünBau gGmbH

Kana – Dortmunder Suppenküche e.V.

Mieterverein Dortmund e.V.

Planerladen e.V.

VMDO – Verbund der sozial-kulturellen Migrant*innenvereine in Dortmund e.V.